

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Köditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsborn, Marienau, den Müllengrund, Rübshnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck und Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 234

Donnerstag, den 7. Oktober 1920

70. Jahrgang.

Brotmarken-Ausgabe.

Freitag, den 8. Okt. 1920.

Nr. 1-500 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 501-1000 vormittags 9-10 Uhr, Nr. 1001-1500 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 1501 bis 2000 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 2001-2251 vormittags 12-12^{1/2} Uhr im Lebensmittelamt, Nr. 2251-Ende nachmittags 1^{1/3}-2^{1/5} Uhr im Gemeindekanzlei.

Milchbezahlung.

Die Bezahlung der Milch erfolgt für alle Inhaber von Milchmarken

Sonnabend von 8-1 Uhr

nur im Lebensmittelamt.

Ragermilch kann nächste Woche nicht abgegeben werden.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Geschäftsräume des Sparkassenverwaltungsgebäudes (Sparkasse, Standesamt, Schulamt und Wohlfahrtsamt)

Montag, den 11. Oktober 1920

für nicht dringliche Angelegenheiten geschlossen. Anzeigen über Sterbefälle werden vom Standesamt an diesem Tage vormittags von 8 bis 9 Uhr entgegengenommen.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,
am 6. Oktober 1920.

Bekanntmachung.

die Nachzeichnung der Maße, Gewichte, Wagen und Messwerkzeuge betreffend.

Die in § 11 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 vorgeschriebene Nachzeichnung der im öffentl.

Verkehr verwendeten Maße, Gewichte, Wagen und Messwerkzeuge findet in diesem Jahre in der Stadt Lichtenstein-Callnberg und dem Gutsbezirk vom 11.-15. und vom 18. bis mit 20. Oktober statt.

Es haben demzufolge diejenigen Gewerbetreibenden, Landwirte usw. ihre Maße, Gewichte und Messwerkzeuge, die sie im öffentlichen Verkehr benutzen, dem Eichungsbeamten im Gasthaus „Wettiner Hof“ (Eingang Wettinstraße) zur Prüfung vorzulegen und zwar in nachstehender Reihenfolge:

am 11. Oktober vormittags 9-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche in der Angergasse, Unteren Bachgasse, Badergasse, Berggäßchen und Bahnhofstraße wohnen,

am 12. Oktober vormittags 8-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche in der Bismarckstraße, Fleischgasse, Böttgerstraße, Beckenstraße, Chemnitzberg, Chemnitz Str., Färbegasse, Fröblichstraße und Fürstengasse wohnen,

am 13. Oktober vormittags 8-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche auf der Gartenstraße, Glauchauer Str., Güterbahnhofstraße und Grüne Straße wohnen,

am 14. Oktober vormittags 8-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche auf der Hartensteiner Straße u. Hauptstraße wohnen,

am 15. Oktober vormittags 8-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche auf der Hospitalgasse, Kirchgasse, dem Kirchplatz, der Kirchstraße, König Albert-Straße, dem Kraftgäßchen, der Lindenstraße, Lohberg, Marktgäßchen, Marktplatz, Mühlgraben und auf der Micheler Straße wohnen.

am 18. Oktober vormittags 9-12 und nachmittags 1-5 Uhr

dieserjenige, welche in der Neugasse, auf dem Neumarkt, auf der Nicolaer Straße, der Oberen Straße, am Park, Paul Hierold-Straße und Ködlicher Straße wohnen,

am 19. Oktober vorm. 8-12 u. nachm. 1-5 Uhr

dieserjenige, welche auf der Rumpffstraße, dem Schäfer, Schloßberg, Schloßgasse, Schulgasse, dem Schieferberg, Seminarstraße, dem Seminarplatz, der Stadtrichter Werner-Straße und auf dem Topfmarkt wohnen,

am 20. Oktober vorm. 8-12 u. nachm. 1-5 Uhr

dieserjenige, welche in der Topfmarktstraße, dem Lutznerweg, der Waldenburger-, der Weidenbörser-, Wettin-, Wiesen-, Wilhelm Ebert-Straße, Zeunerberg, Zwickauer Straße sowie im hiesigen Gutsbezirk wohnen.

Die Messgeräte sind zur Nachzeichnung gehörig hergerichtet und in reinlichem Zustand vorzulegen, da andernfalls der Beamte befugt ist, sie zurückzuweisen.

Zur Nachzeichnung derjenigen Messgeräte, welche an ihrem Gebrauchsort befestigt sind, wird sich der Eichungsbeamte an Ort und Stelle begeben. Die Besitzer solcher Messgeräte haben sie aber bei Beginn der Nachzeichnung dem Eichungsbeamten anzumelden, der die Zeit bestimmt, wann die Nachzeichnung stattfinden soll. Die Gebühren für die Nachzeichnung sind sofort bei ihrer Vornahme zu entrichten.

Messgeräte, denen bei der Nachzeichnung der Stempel und das Jahreszeichen entzogen worden sind, dürfen im öffentlichen Verkehr nicht weiter verwendet werden. Zuwiderhandlungen sind mit den in § 22 Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1920 angegebenen Strafen bedroht.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,
am 7. Oktober 1920.

Kurze wichtige Nachrichten.

Gegen die großbäuerliche Bewegung, die Thüringen durch Angliederung preussischer Gebietsteile abrunden möchte, nahm der Reichstag am 2. Oktober eine Entschließung an.

Der Ausbruch im Mositer Elektrizitätswerk ist beendet. Die von den Heisern wegen der durch die Braunkohlenheizung verursachten Unbehagen gewünschte Arbeitsverlängerung wurde bewilligt.

Da im Berliner Zeitungsgewerbe die Streikenden die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten, sind die Verleger zur Entlassung des gewerblichen Personals gezwungen. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Die Hoffnungen auf eine freie Abstimmung Schenken von Tag zu Tag zu schwinden. Ein militärischer Heberfall der Südländer auf das Abstimmungsgebiet oder ein militärischer Putsch der im Lande befindlichen vertriebenen südländischen Truppen ist vor oder nach dem 30. Oktober zu befürchten.

Wie die politische Korrespondenz erfährt, hat die Vorkonferenz der österreichischen Truppen auf Befehl der Räte der Abstimmungszone A durch interalliierte Truppen abgelehnt. In der Frage wegen der Befehle durch neutrale Truppen ist noch keine Entscheidung getroffen.

Während gestern gemeldet wurde, daß der Vorfriede zwischen Polen und Russland unterzeichnet sei, wird heute wieder von Schwierigkeiten zwischen den verhandelnden Parteien gesprochen. Die Lage der Sowjet-Regierung soll sich immer schwieriger gestalten.

Kate und Maus.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Dieser Entschluß der Pariser Regierung ist die Folge des ersten offiziellen Besuchs des deutschen Botschafters Mayer bei dem neuen Ministerpräsidenten und Außenminister Frankreichs. Man kann nicht sagen, daß Herr Mayer besonders warm empfangen wurde. Lengues hat sich von Millerand offenbar schon darin unterrichten lassen, wie man Audienz in Siegerspose gibt. Er erwiderte auf Mayers ehrliche Versprechungen: Ja, wenn Frankreich den guten Willen Deutschlands erkennen könnte — wörtlich: erkennen könnte! Wieviel Hochmut und Mißtrauen liegt in diesen Worten. Sie zeigen geradezu, wie man selbst in der höflichsten Diplomaten-sprache nach Ausdrücken für Verdächtigungen sucht, die uns ins Unrecht setzen sollen. Botschafter Mayer konnte auf das bedingte Angebot neuer Wirtschaftsverhandlungen nur mit dem höflichen Hinweis antworten, daß die Wiederanknüpfung „insbesondere der deutschen Regierung besonders er-

wünscht“ sei. Die letzten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben kurz vor den Reichstagswahlen Anfang Juni in Paris stattgefunden.

Wie will Frankreich nun von seiner Seite aus die Wiederanknüpfung einleiten? Antwort: Indem man uns beschuldigt, die Unterbrechung veranlaßt zu haben, ein beliebiger Trid im geschäftlichen Handel, um die Position des Gegners zu schwächen. Der „Petit Parisien“, ein neuerdings von Millerand besonders begünstigtes Blatt, schreibt, die Deutschen hätten sich bei den letzten Verhandlungen nicht geneigt gezeigt, die Liste der Artikel anzunehmen, deren Einfuhr die Franzosen von ihnen gewünscht hätten. Dieser Widerstand habe auf der Konferenz gelastet. Dadurch sei sie zum Stillstand gekommen. Ja, hinsichtlich der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete hätten sich die Vertreter des Deutschen Reiches, wie es geschienen habe, an den bekanntesten Plan von Stinnes gehalten, so wie er ihn in Spa dargestellt habe. Dieses Projekt aber mache aus dem Norden Frankreichs eine — deutsche Kolonie! Man muß sich in die französische Empfindlichkeit und Gehässigkeit erst hineinsetzen, um solche Anwürfe zu verstehen. Derselbe „Petit Parisien“ höhnt ja auch, die Pünktlichkeit der deutschen Abrüstung und Kohlenlieferung sei kein Verdienst, sondern einfach die Durchführung des Versailles Vertrages „mit den bedeutenden Änderungen und verlängerten Fristen, die in Spa bewilligt wurden.“ Die Deutschen sollten sich nur ja nichts darauf einbilden. Endlich: Die Deutschen dürften sich täuschen, wenn sie darauf zählten, daß ihnen in Bezug auf die Durchführung des Friedensvertrages neue Zugeständnisse gemacht werden während der Verhandlungen, die jetzt über die wirtschaftlichen Beziehungen vor sich gehen sollen.

Man sieht deutlich, was mit solcher Pörmache beabsichtigt wird: die deutschen Unterhändler sollen möglichst klein und gefügig zur Konferenz antreten. Sie haben das aber gar nicht mehr nötig. Man braucht ja nur einmal die deutschen Ansprachen und Notizen aus der letzten Zeit an der Erinnerung vorbeiziehen zu lassen. Mit einer Gefälligkeit, die nachgerade peinlich zu wirken beginnt, betonen sie immer wieder, daß Deutschlands ganzes Sinnen und Trachten nur darauf gehe, „den Friedensvertrag in seinem vollen Umfange zu erfüllen.“ Den Friedensvertrag, dessen Fruchtbarkeit unser Volk noch nicht einmal ahnt, dessen Unerfüllbarkeit aber von den zuständigen Reichsstellen längst erkannt worden ist. Nur ganz gelegentlich, wie eben jetzt

in der Rede Mayers, schiebt sich ein schwärzliches „bis an die Grenze des Möglichen“ in diese Beteuerungen des guten Willens. Ueber die Ungleichheit in der Haltung der beiden „Verhandelnden“ — des geschwollenen Diktators auf der einen, des gedrückten Bittstellers auf der anderen Seite — täuscht aber auch ein solcher Vorbehalt nicht hinweg. Und allmählich sieht man die Unmöglichkeit eines solchen Verkehrs auch auf französischer Seite ein. Es gibt drüben sogar schon Zeitungen, die das Spiel der französischen Rache mit der deutschen Maus durchhauen und so dem deutschen Jammer zu Hilfe kommen. Die Pariser Zeitung „Le Journal“ verrät der aufhorchenden Welt, daß sämtliche offiziellen Schätzungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, auf welchen die alliierten Unterhändler fuhten, um die finanzielle Klausel des Friedensvertrages festzusetzen, und die seit der Haltung der Alliierten in den verschiedenen Konferenzen beeinflusst haben, sich stützen auf die Studien eines Finanzdirektors vom März und April 1918, worin die Vorkriegsstatistiken und die während des Krieges durch die Zentralmächte veröffentlichten Dokumente zugrunde gelegt sind. Erst vor sechs Wochen habe man sich entschlossen, den ganzen Schwindel nachzuprüfen (natürlich heimlich, damit die dummen treuerzigen Deutschen möglichst lange nichts merken). Dasselbe Pariser Blatt rechnet auch die ungeheure Verschwendung und Auszugaug nach, die von den in Deutschland tätigen alliierten Missionen und Kommissionen getrieben wird. Von den französischen Missionen könnte eine lange Reihe von Posten, die wahnsinnige Gehälter fressen, sofort aufgelöst werden, Deutscherseits braucht man diesen Enthüllungen nichts hinzuzufügen. In letzter Zeit sind diese empörenden Zustände in den deutschen Zeitungen ja so oft und in so ausführlichen Darstellungen zur Sprache gekommen, daß schon der ganze böse Wille der Ententegeualtigen dazu gehört, um hier nicht sofort der Menschlichkeit und Gerechtigkeit Raum zu gönnen und Abhilfe zu schaffen.

Wie Deutschland und Europa wieder gefunden können, das haben viele kluge Fachleute auf der Brüsseler Finanzkonferenz ausgesprochen. Es kommt nun darauf an, daß die Politik auf den kommenden Konferenzen der Regierungvertreter das richtige Wort spricht. Die deutschen Delegierten bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich dürfen sich nicht einschüchtern lassen, sonst kommen wir aus dem unwahren Spiele, das alle verdirbt, nicht heraus.

modernen Schmuck der Pariser Juweliere...
schön, sowie Diamanten...
Angehörigen. Eine...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Protest gegen die...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...
schön, wie er eine...
Angehörigen Bruno...

Das Spiel von Rahe und Maus wird noch bestätigt durch folgende Meldungen:

Paris, 6. Oktober. „Agence Havas“ berichtet: Die Ankunft des deutschen Delegierten bei der Finanzkonferenz in Brüssel, Bergmann, in Paris, die zeitlich mit der Rückkehr des französischen Botschafters in Berlin, Laurent, zusammenfällt, veranlassen das Gerücht von einer plötzlichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und von einem in naher Zukunft abzuschließenden Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern. Nach dem „Petit Parisien“ ist dieses Gerücht durch nichts begründet. Seit den im Juli d. Js. zwischen den technischen Delegierten der beiden Länder in Paris gepflogenen Verhandlungen, die zu nichts geführt haben und daher abgebrochen sind, sei man in dieser Beziehung noch um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Paris, 6. Oktober. Nach dem „Temps“ handelt es sich bei den mit der Anwesenheit in Paris einsehenden deutsch-französischen Verhandlungen nicht um die Wiedergutmachung, sondern nur um die Bestimmung der Natur und Qualität der Waren, die zwischen beiden Staaten ausgetauscht werden können. Frankreich hat Bedarf an Luxusartikeln, Deutschland dagegen nur an Rohstoffen.

Deutsches Reich.

Die Unterbietung von Privatfirmen durch das Spandauer Reichswerk.

Dresden. Von verschiedenen Seiten sind Klagen darüber geführt worden, daß das Spandauer Reichswerk, das aus Heeresbeständen große Posten besonders billiger Rohstoffe erworben hat, die Fertigerzeugnisse zu außergewöhnlich niedrigen Preisen anbietet, so daß Privatfirmen mit ihnen nicht in Wettbewerb treten können. Die Dresdner Handelskammer hat daher das Wirtschaftsministerium ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß diese das Reichswerk zu kaufmännischer Kalkulation veranlaßt. Nach dieser mühe das Reichswerk bei der Ermittlung der Preise für die Fertigerzeugnisse diejenigen Rohstoffpreise in Ansatz bringen, zu denen es sich im freien Verkehr wieder einbeiden muß.

Vollstammer-Mitteilungen

(S. 3.) Die Vollstammer tritt, wie schon mitgeteilt, morgen nachmittag 2 Uhr zum ersten Mal wieder zusammen und wird in dieser Sitzung die erste Beratung über die Vorlage Nr. 83, eine anderweitige Abänderung des Feuerbestattungsgeleges betreffend, vornehmen. Vor den Neuwahlen werden nur noch wenige Sitzungen abgehalten werden, die mit der Beratung der Verfassung ausgefüllt sein werden. Während der Sommerpause sind bereits soviel Gesuche eingegangen, daß deren Erledigung durch die jetzige Vollstammer tatsächlich nicht mehr möglich sein wird. Es empfiehlt sich deshalb nicht, der jetzigen Vollstammer noch Gesuche oder Beschwerden zuzusenden, vielmehr damit zu warten, bis der neue Landtag sich versammelt haben wird. Eine Ausnahme könnte nur für Angelegenheiten von größter Wichtigkeit und Dringlichkeit gelten.

Der Verfassungsausschuss

legte am Mittwoch in zweiter Lesung den Wortlaut der ersten 20 Artikel der Verfassung fest. Wesentliche sachliche Änderungen wurden dabei nicht vorgenommen, nur daß der Landtag (Artikel 9) außer auf eigenen Beschluß und auf Volksbegehren nunmehr auch auf Antrag des Gesamtministeriums durch Volksentscheid aufgelöst werden kann.

Der Bejodungsausschuss

hat in Sitzungen am Montag und Dienstag sich mit den noch nicht geregelten Fragen der Bejodungsordnung beschäftigt und dabei den Beschluß gefaßt, das Existenzmini-

mum für verheiratete Beamte auf 9000 Mark jährlich festzusetzen. Der Reform der Lehrerbefoldung soll zunächst allgemein nicht mehr näher getreten werden. Die Regelung durch das Reich zu erwarten ist. Trotzdem aber soll einzelnen Wünschen der Lehrer insofern entgegenkommen werden, als bei den akademisch gebildeten Lehrern nicht mehr 5 Jahre in Klasse 9 berechnet werden, sondern die Gehaltseinstellung von Klasse 10 an erfolgen soll. Ebenso sollen in Klasse 11 mehr Stellen geschaffen werden als bisher vorgesehen gewesen sind, und die Zahl der Ortsklassen soll auf 2 oder 3 verringert werden.

Die internationalen Kredite als größte Schwierigkeit. Berlin. Die „Agence Havas“ bestätigt, daß die Finanzkonferenz erst heute Donnerstag ihre Sitzungen wieder aufnehmen wird, da die Ausschüsse gestern in ihren Verhandlungen ihre Entscheidungen nicht ganz präzisieren konnten. Die von der Wechselkommission angenommene Formel soll den Regierungen lediglich empfehlen, den Handel selbst die Mittel zur Lösung ausprobieren zu lassen. Die gleiche Tendenz für den freien Verkehr enthalten die Empfehlungen der Kommission für den internationalen Handel und des Ausschusses für internationale Kredite. Die Frage der Organisation der internationalen Kredite bilde die größte Schwierigkeit der Stunde, sie verzögere auch den Abschluß der Konferenz, und zwar sie allein. Zwei Projekte hatten diesbezüglich vorgelegen. Als die Kommission dieselben abgelehnt hatte, wurde ein dritter Vorschlag, eine Zusammenfassung der Empfehlungen eingereicht und angenommen, nach welchem ein von der Kommission ernannter Ausschuss die Ausgaben des Völkerbundes für die einzelnen Staaten verteilt, und zwar soll der Vorschlag vorliegen, diese Ausgaben nach dem Verhältnis der Militärausgaben der beteiligten Länder festzusetzen.

Beschlüsse des Betriebsräte-Kongresses.

Der Kongress der Betriebsräte Deutschlands nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Der Kongress fordert die Betriebsräte und Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterparteien und Arbeiterklassen auf Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Ferner wird ein Antrag einstimmig angenommen, der mit dem Wunsch für den Sieg des russischen Proletariats die Betriebsräte verpflichtet, die Erzeugung von Waffen und Munition für den Kampf gegen Rußland sowie den Transport derselben zu verhindern.

Forderung von Lohnerhöhung der Bergarbeiter.

Aus Bochum wird gemeldet: Eine Konferenz der vier Arbeitergewerkschaften angehörigen Bergarbeiterverbände, die gestern stattfand, befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister wurde folgendes Telegramm gerichtet: Die Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen die sofortige Regelung der Lohnfrage. Bedarfsartikel steigen dauernd in Preise; Lohnerhöhung muß sofort erfolgen. Bei den Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums in der Bergarbeiterfrage wurde auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer der bereits für September zu zahlenden 4,50 Mark Sonderzulagen pro Schicht eine weitere Lohnerhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung nicht auf sich nehmen kann. Das Reichsministerium hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen. Es müsse auf der ganzen Linie auf Abbau der Preise hingearbeitet werden. Die Verhandlungen wurden schließlich auf den 18. Oktober vertagt.

Ueber die Auflösung der Sicherheitswehren.

Wie die „I.U.“ meldet, haben die Verhandlungen der deutschen Stellen mit dem interalliierten Überwachungs-

schuß bezüglich Auflösung der Sicherheitspolizei nunmehr zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Ergebnis geführt. In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages in Verbindung mit der Note der alliierten Mächte vom 22. Juni 1920 und dem Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920 wird danach mit dem 6. Oktober 1920 die Sicherheitspolizei einschließlich der Stäbe aufgelöst. Die Ausführung dieser Anordnung erfolgt durch die Oberpräsidenten. Die Gesamtzahl der uniformierten Polizeibeamten in Preußen beträgt 85 000.

Forderung der Pressekommission der U.S.P. an die Freiheit.

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer ein Schreiben der Pressekommission der U.S.P., in dem die Geschäftsleitung des Blattes aufgefordert wird, den Redakteuren Hilferding, Herz, Liebeskind, Prager, Rabold, Seidel, Stein, Leid, Wielepp und Dähle mit der Aufgabe zu kündigen, daß sie ihre Tätigkeit mit der Fertigstellung der Donnerstag-Morgenausgabe einzustellen haben. Die Geschäftsleitung lehnt dies ab und weist darauf hin, daß es sich hier um einen Versuch handelt, die „Freiheit“ in die Hand der Kommunisten zu bringen. Weiter heißt es dann in der „Freiheit“, wie uns mitgeteilt wird, sind Gerüchte im Umlauf, nach denen die „Freiheit“ gewaltsam besetzt werden soll. Wir wissen nicht, ob diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, das eine muß aber bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden, es wäre der härteste Schlag, den das Proletariat erleiden würde, wenn der bisherigen Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse noch ein mit den rohesten Mitteln der Gewalt geführter Bruderkrieg hinzugefügt werden sollte.

Dunkle Verhaftung und Streik.

Aus Beuthen wird vom 6. Oktober gemeldet: Gestern abend wurden in Randgrin der Materialverwalter Görlisch plötzlich verhaftet. Die Begleitumstände dieser Verhaftung sind vollkommen dunkel, was die Arbeiter und Beamtenschaft heute morgen veranlaßt, in den Streik zu treten. Der Verkehr war sofort unterbrochen. Kein Zug wurde mehr durchgelassen. Die Berliner Schnellzüge mußten in Randgrin liegen bleiben. Die Eisenbahndirektion Rattowitz nahm sofort Fühlung mit der interalliierten Behörde in Opatowitz und stellte dort fest, daß Görlisch auf Befehl der interalliierten Kommission verhaftet worden war. Görlisch wird der Beteiligung an Waffenschleibungen verdächtigt. Eine Untersuchung hierüber ist bereits im Gange. Verhandlungen mit der Arbeiter- und Beamtenschaft führten auf dieser Basis heute nachmittag 4 Uhr wieder zur Aufnahme der Arbeit. Ein Sympathiestreik, der gleichzeitig in Ratibor ausgedehnt war, wurde um 12 Uhr mittags beendet. Das Vorgehen der interalliierten Kommission in dieser Angelegenheit wird von der Eisenbahndirektion als unbegreiflich bezeichnet. Sogar der Kreisinspektor in Rattowitz war über den Grund der Verhaftung nicht unterrichtet.

Die Einschränkung der Papiergeldwirtschaft.

Mit Rücksicht auf die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Währung durch systemlose und preistreibende Papiergeldwirtschaft haben einige Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beantragt, einen Währungs- und Steuerausgleich einzuleiten, der die Vereinfachung des Steuerzuges, die Reform der Steuergesetzgebung mit dem Ziel einer vorläufigen Deduktion der ordentlichen Ausgaben des Reiches ohne Notenpresse zu ermöglichen und die Sicherung der Kaufkraft des Geldes im Inlande beraten soll. Ferner soll er Maßnahmen vorschlagen, die die Bewertung des deutschen Geldes im Ausland verbessern können.

Die Kriegsbefehlshabenden-Prozesse vor dem Reichsgericht.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Kriegsbefehlshabenden-Prozesse vor dem Reichsgericht erfahren wir von zuständigen Stellen Folgendes: Bearbeitet wird zurzeit durch

Um Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Weber.

Nachdruck verboten.

„Bitte, Herr Wiedenlamp.“ Inge trat ein wenig zurück und ließ ihn die Worte aus der Hand der Arbeiterin entgegennehmen. Und er betrachtete das Zeugnis menschlicher Geschicklichkeit mit verwunderten Augen. Es liefen wirklich sieben Facettenhülle rings um die kleine Berle.

„Sie sind eine Künstlerin, Frau“, meinte er schließlich. „Man lernt das, Herr. Es ist weiter nichts dabel“, entgegnete die Alte, aber ihr faltiges Gesicht mit den hellen Augen erglänzte doch in heller Freude. „Die Gulte drüben, mach' es auch schon ganz gut.“

„Das ist hier Brad, Herr Wiedenlamp“, nickte sich Inge etwas häßlich. Immer mit dem Tone, der Anderes unterdrückt, ein. Sie hand drüben bei der jungen Blondköpfigen. Doch jetzt kam sie um die Schleifbank herum, „leben Sie hier“, sie zeigte ihm ein Astchen mit halb durchgeprägten Perlen und jahreslangen Bernsteinspitzern. „Das wird zu dem im Troje umstrittenen Preisstein zusammengekommen.“

„Ach so.“ Er nahm ihr das Astchen aus der Hand, ließ eine größere Silbermünze hineingleiten und reichte es mit ein paar freundlichen Worten der alten Arbeiterin.

Und während dem wollte ein Wirbelsturm von Gedanken Inge fast die Besinnung rauben. „Du bist mein Schicksal. Mein Glück oder Unglück. Wer bist du? Könnte ich dir ins Herz sehen“, kann sie.

Als er sich nun aber ihr zuwandte, verdeckte sie das alles wieder vor ihm.

Ran verließ nun auch die Schleiferei und kletterte eine Treppe empor, um im Oberstod einen gleich großen Raum zu betreten, indem nur Männer an den verschiedensten, ebenfalls durch Motor betriebenen Werkzeugen hantierten.

„Hier machen die Berlen ihren Entwicklungsengang durch, meine Herren“, erklärte der Kommerzienrat. „Bitte, wenn es interessiert.“ Mit hinweisender Handbewegung auf die in Tätigkeit befindlichen Werkzeuge, stellte er es einem jeden frei, den Laublägen, Messern und Bohrnadeln zuzusehen.

Einer der Arbeiter schnitt den Robberstein zurecht. Er sah dabei vor einer, lenkrecht eingespannten feinen Laubläge, die sich, nachdem die treibende Kraft des Motors eingeschaltet war, langsam durch den ihr entgegengehaltenen Robberstein ihren Weg bahnte. Hier dieser Weg vollendet, dann schnellte sie infolge eines Handgriffes zurück, um sich gleich darauf von neuem vorwärts durch den Robberstein zu bewegen. So wurden aus dem unregelmäßigen Stück Robberstein feine lantige Streifen, fantige Stäbchen, auch feierartige Stäbchen geschliffen. Diese feinen Stäbchen und Reile waren dann die Klöwen. Ein anderer der Arbeiter zeigte, wie so ein Klöwen aus der Drehbank zum Schmelz gerundet wurde, und ein dritter wieder, welche die Bohrnadel in Tätigkeit. Die hob sich, mit gleichem Vorwärtsbewegen wie die Laubläge, dabei mit schnellen Drehungen um sich

selber ihr Bohren ausführend, langsam und gelbweiße Schmelz hinausdrängend, durch die Mitte des Sänelis. Hierauf folgte das Polieren mit Kreide oder Tripel.

Und auch in diesem Räume war Leberecht Wiedenlamp eifrig-tätig an Inges Seite geblieben.

Sein Vater hat zwar ein paar flüchtige Sekunden neben ihm gestanden, um ihm zu lazen, daß er so etwas wie diese Hindenberische Schleiferei doch nicht in seinem berühmten Berlin zu sehen beläme, darauf hatte er aber nicht einmal Antwort gegeben; denn der alte Herr war gleich wieder weiter gegangen. Das Gelächte hatte er, Leberecht, zu einer neuen Gesprächswendung benutzt. Und seitdem trau er fast ausschließlich die Rollen der Unterhaltung zwischen Inge und sich. Er sprach von dem Glanz des alten Bernsteinhauses, von dem was er heute hier gesehen, er sprach und sprach und sein Blick wurde immer wärmer und strahlender. Und wenn die Menschen nicht gewelen wären . . . diese Menschen . . .

Und einmal hob Inge die Lider und sah in seine strahlenden Augen hinein. Eine heiße Blutwelle schob ihr ins Gesicht und einen Moment lang ätzte der Wunsch in ihr, ihm ihre Zerissenheit zu bekennen. Sie hätte seine Hand fest halten mögen und ihn bitten, „Bist mir, ich möchte aufhören in neuer Liebe oder ich kann nicht. Man hat mich einmal betrogen und nun ist das Mißtrauen in mir und die Bitterkeit der einlamen Jahre.“

„Reine Klugheit nennt mich eine Rätrin, weil ich in Deinen Augen ein Glück für mich beausie.“ Ja, wenn sie das alles jetzt hätte sagen dürfen . . .

Aber das verbot die Gegenwart der vielen neugierigen Augen und Ohren.

Und so sprachen Beide dem Zwange gehorchend von höchst gleichgültigen Dingen und Umständen, tauschten gelegentlich mit dem oder jenem der Anderen eine Ansicht aus oder verweilten auch einmal inmitten einer erregt plaudernden Gruppe. Immer aber schritten sie mit allen diesen überflüssigen Reden mit. Jetzt in der Werkstätte hinein, in der Zigarrenspitzen, Pfeifenmundstücke und Saugröhren zu türkischen Wasserpreisen aus natürlichem Bernstein sowie aus Brekberstein, Ambroid hergestellt wurden. In einem Nebenraum blühten sie in kleine Reifel hinein, in denen die Zigarrenspitzen in siedendem Del gelocht wurden, bis Bernstein und Ambroid die Sprödigkeit soweit eingeebnet hatten, daß sich die Spitzen mittelst zangenartiger Instrumente biegen ließen.

Und als sich Frau Dr. Adler erkundigte, was das für Del wäre, erwiderte Inge: „Olivenöl ja.“ Dieser kleine Scherz schien sie aus ihrem traumhaften Zustand erlöst und in eine bessere Stimmung verließ zu haben. Sie lachte jetzt viel und übertraf sich geradezu an geistreichen Einfällen.

Und Leberecht Wiedenlamp dachte hochbeglückt: „So kann sie sein? Das ist sie? Was wird sie für eine prächtige Frau werden.“ Zwischen sich fiel ihm wieder ein, daß er, wenn er die Hand der Tochter aus diesem hochangelegenen Hause gedrte, ferner kaufmännischen Firma noch zuvor ein wenig mehr

Ansehen geben könnte. Und so wurde denn, während er mit Inge und den Anderen allen an den feierlichstollenen Türen der Ambroidfabrik vorüber ging und weiter dann, durch etliche Zimmer hindurch, in denen Frauen und Mädchen an langen Tischen saßen, blühende funkelnde Bernsteinperlen für den Großhandel sortierten und aufreichten, noch andere wieder mohamedanische Bettdecken zusammenstellten, der Entschluß in ihm reif, das im Rohwollhandel sehr angenehme alte Geschäft, Steiner und Sohn, mit dem keinen zu vereinen. Die Angelegenheit war ihm schon im Herbst leitens des geschäftsmüden Inhabers jener Firma unterbreitet worden, er hatte aber geschwankt. Doch jetzt sagte er zu Inge, indem er auf die Vater und Väterinnen hinwies, die zwischen Ästen und Ästchen, Schachteln und Schachteln hantierten: „Hier ist nichts mehr vom Felke zu spüren. Ich sollte auch schon auf meinem Blase sein, überdies habe ich viel vor.“

(Fortsetzung folgt.)

Humoristische Ecke.

Der kleine Schlaumeier. Die Mutter hat mit ihren Buben ausgemacht, daß jeder, der beim Mittagessen einen Fied auf das Tischuch macht, zehn Pfennig aus seiner Spartasse bezahlen muß. Gestern sah sie nun, wie der kleine Fritz auf dem Tischuch immer hin und her rieb.

„Was machst Du denn da?“

„Ach, Mutter“, sagt Fritz, „ich mache nur aus zwei Fleden einen!“

Der Sachverhändige.

„Klappermann behauptet, der nächste Winter werde sehr, sehr schlimm werden.“

„So, — Klappermann ist Meteorologe, nicht wahr?“

„Ne, — Kohlenhändler.“

Von vorn an.

„Ja, wir Deutschen müssen wieder von vorn anfangen.“

„Tun wir ja schon, — von den alten Deutschen wird doch berichtet, daß sie auf der Bärenhaut lagen und nichts taten.“

„Haben Sie schon Frühkartoffeln gegessen?“

„Nein, bei uns sind sie knapp! Wir können nur mittags weiße essen!“

die Reichs-
den alliiert
richt in Le
45 bzw.,
Below“ mi
Nr. 39 ist
digte, Maj
geteilt wor
ausländische
in London
denen Bela
sind, wie v
einen einzi
sterium jä
überprüft w
von den de
Ermittelung
jene „Erste
ständigen N
Es ist jedoc
auszuklären,
mehr in Fra
Nummer 24
um den Ge
die endgülti
zödischen Ju
Eröffnungs-
läufig noch
mittlungen r
Befprechung
Die „J
Befprechung
in der Haup
Wiedergutm
lich wird der
Angelegenhe
Delacroix da
zwischen allen

Den

Die am
strengen Arie
für Deutsche
einer Remon
in Fällen zw
Gesuchen, die
ten nur sehr
politische und
den Persönli
Ankündigung
lassen, in der
Erlaubnis zur
gehenden Grup
den Beweis
schaftsinteresse
sicher Firmen,
sen vorgeleg
ger, falls nach
benden Kinder
Frauen, die
sind. Berwan
hängigkeit vor
Stimmungen für
lebenden Deu
ihre Kinder ni
Besonders ber
Kündigung des

Paul M. C.

bleiben na
den Inhalt der
beziehen. Die
welt“ haben im
den sogenannten
Gesellschaftsfil
macht sich nun
als es die Ber
dah die Völk
werten, denn a
nennen, sprich
Gegenstandes
die rein capita
zu den Auswü
woher der Stoff
berednet, und
würdiger Berüh
dem Durchsch
gemisse Vorlie
Hohes und Gr
Wirksamkeit in
soziale Leben au
amire „Gesells
Gelehrten, höh
in Bars und P
Zigaretten rauch
glänzen ausgeh
unermesslichen
photographierte
Gesellschaft nie
so mit der
alles wird in
oft so traurigen
wie selten bevor
gernde hinterbr
Als Ersatz dafür
tektiofilm, recht
anterien. Daß
und Unmöglich
verfassung brau
Riffm! man bi
diese mißbräuch
zwischen 14 un
den härtesten S
scharfe Urteil de
All diese A
doch keineswegs
Film an sich, o
Auswüchse un
den Filmzeu

itspolizei nunmehr zu
es Ergebnis gefahrt.
es Friedensvertrages
lierten Mächte vom
n Spa vom 9. Juli
er 1920 die Sicher-
gelöst. Die Ausfüh-
die Oberpräsidenten.
izebeamten in Preu-

U.S.P. an die Freiheit.
er heutigen Nummer
er U.S.P., in dem
ordert wird, den
K., Prager, Rabold,
ahle mit der Maß-
it mit der Fertigkeit
zustellen haben. Die
t darauf hin, daß es
„Freiheit“ in die
weiter heißt es dann
rd, sind Gerichte im
walfam befehrt wer-
Gerichte den Tat-
ei dieser Gelegenheit
elle Schlag, den das
bisherigen Selbstzer-
den rohesten Mitteln
gefügt werden sollte.
Streit.

er gemeldet: Gestern
rialverwalter Götsch
e dieser Verhaftung
eiter und Beamten-
er Streit zu treten.
Rein Zug wurde
nellzüge mußten in
ndirektion Rattowitz
lierten Behörde in
auf Befehl der in-
war. Götsch wird
erdächtigt. Eine Un-
ge. Verhandlungen
arten auf dieser Basis
ufnahme der Arbeit.
Kattibor ausgebro-
beendet. Das Vor-
dieser Angelegenheit
begreiflich bezeichnet.
tj war über den
idwirtschaft.

de Zerrüttung der
preistreibende Pa-
des vorläufigen
Nährungs- und
scheidung des Steuer-
bung mit dem Ziel
den Ausgaben des
und die Sicherung
eraten soll. Ferner
Bewertung des deut-
nen.

dem Reichsgericht.
er Kriegsschuldigen
ahren wir von zu-
wird zurzeit durch

die Reichsjustizbehörden die sogenannte „Erste Liste“, der von den alliierten Mächten zur Aburteilung vor dem Reichsgericht in Leipzig unter Anklage gestellten Personen, welche 45 bzw. 46 Namen umfasst. Im Falle Nr. 39 ist das Verfahren eingestellt worden, da der Beschuldigte, Major Preuster, verstorben ist. Wie bereits mitgeteilt worden ist, sind in 33 Fällen an die verschiedenen ausländischen Justizministerien und den Attorney General in London Anfragen zwecks Mitteilung des dort vorhandenen Belastungsmaterials gestellt worden. Diese Anfragen sind, wie wir erfahren, vorläufig noch unerledigt, bis auf einen einzigen Fall, in welchem das französische Justizministerium sämtliche Unterlagen gefandt hat, die zurzeit noch überprüft werden. Auch in den übrigen eif Fällen, die nur von den deutschen Behörden bearbeitet werden, sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Bekanntlich enthielt jene „Erste Liste“ eine Reihe von ungenauen oder unvollständigen Namensangaben, die die Ermittlung erschweren. Es ist jedoch nunmehr gelungen, sämtliche Ungenauigkeiten aufzuklären, sobald eine weitere Verzögerung hierdurch nicht mehr in Frage kommt. Nur in dem bekannten Zweifelsfall Nummer 24 und 24 a, wo noch nicht zu sehen ist, ob es sich um den General v. Bälou oder v. Below handelt, steht die endgültige Feststellung durch die Anfrage beim französischen Justizministerium aus. Die Anderräumung eines Eröffnungsbeschlusses und eine Hauptverhandlung war vorläufig noch in keinem einzigen Falle möglich, da die Ermittlungen noch nicht soweit gediehen sind.

Besprechungen zwischen Lloyd George und Delacroix.
Die „Independance belge“ glaubt zu wissen, daß die Besprechungen zwischen Lloyd George und Delacroix sich in der Hauptsache um die von Deutschland zu fordernden Wiedergutmachungen drehen. Das Blatt schreibt: Bekanntlich wird der belgische und französische Standpunkt in dieser Angelegenheit völlig übereinstimmen. Wahrscheinlich wird sich Delacroix dafür verwenden, daß eine vollständige Einigung zwischen allen Alliierten herbeigeführt werden kann.

Deutscher Besuch verboten!

Die amerikanische Regierung hält nach wie vor an den strengen Kriegsbestimmungen bezüglich der Einreiseerlaubnis für Deutsche und Österreicher fest. Die Erlaubnis wird nach einer New Yorker Meldung der „Äolischen Zeitung“ nur in Fällen zwingender Notwendigkeit erteilt. Von tausenden Gesuchen, die an das Staatsamt gerichtet wurden, gelangten nur sehr wenige zur Annahme, und diese meist durch politische und geschäftliche Verbindungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten. Das Staatsamt hat jetzt wieder eine Ankündigung über die Zulassung feindlicher Ausländer erlassen, in der folgende Punkte festgelegt werden: Wer die Erlaubnis zur Einreise erhalten will, muß zu einer der folgenden Gruppen nachweislich gehören: Geschäftsleute, die den Beweis erbringen, daß ihr Besuch amerikanischen Geschäftsinteressen Vorteile bringt; Empfehlungen amerikanischer Firmen, in denen diese Vorteile betont werden, müssen vorgelegt werden. Betagte Eltern naturalisierter Bürger, falls nachgewiesen ist, daß sie von ihren in Amerika lebenden Kindern abhängig sind. In Amerika geborene Frauen, die mit Deutschen oder Österreichern verheiratet sind. Verwandte von amerikanischen Bürgern, die ihre Abhängigkeit von diesen nachweisen können. Nach diesen Bestimmungen sind also vorläufig noch die Eltern von hier lebenden Deutschen und Österreichern ausgeschlossen, falls ihre Kinder nicht amerikanisches Bürgerrecht erworben haben. Besonders bemerkenswert ist folgende Stelle in der Ankündigung des Staatsamts: Der Dienst in der deutschen Ar-

mee schießt die Einreise deutscher Bürger aus, die unter einer der oben angeführten Bedingungen sonst zur Zulassung berechtigt wären. Wie streng die Behörden arbeiten, geht daraus hervor, daß im Jahre 1919 nur 52 Deutsche und 53 Österreicher zugelassen wurden, gegen 35 734 und 278 152 im Jahre 1914. Aus dem Angeführten geht hervor, daß die Deutschen vorläufig in den Vereinigten Staaten ungeladene Gäste sind. Wen da Reisefieber plagt, tut gut daran, dies zu berücksichtigen. Die zwecklosen Gesuche der Auswanderungslustigen und ihr Betteln um Einreiseerlaubnis entsprechen nicht der Würde des deutschen Volkes, das nicht als Bittsteller zu stehen braucht, wenn es anderen Ländern seine Arbeit und Tüchtigkeit schenken will.

Aus Rab und Fera.

Lichtenstein-Collenberg, 7. Oktober.
Die Margarine wird wieder teurer. Das Reichsernährungsministerium hat den Reichsausschuß für Öle und Fette angewiesen, die Rohstoffpreise für die Margarineindustrie von 22,20 auf 26,80 Mark für das Kilo ab 1. Oktober zu erhöhen. Der Margarinepreis im Kleinhandel dürfte dementsprechend eine Erhöhung von 12 auf 15 Mark für das Pfund erfahren. Die Preiserhöhung ist dadurch notwendig geworden, daß das Reichsernährungsministerium durch ein Einfuhrverbot die Zeit des günstigen Weltmarktpreises ungenutzt ließ und den relativ günstigen Stand der Valuta verpaßte und nun den Reichsausschuß für Öle und Fette angewiesen hat, zu dem inzwischen gestiegenen Weltmarktpreis größere Mengen Rohstoffe einzukaufen.
Wo die Arbeitslosigkeit am größten ist. In einer Denkschrift des Reichsamts für Arbeitsvermittlung wird mitgeteilt, daß in Auerbach i. V. auf 1000 Einwohner 203 Erwerbslose entfallen, im benachbarten Falkenstein sogar 286, in Plauen 242. Noch schlimmer aber ist es für Birnmasens, wo jeder dritte Einwohner (368 von 1000) unterjüchtig werden muß.

Die Not der Presse, die alle Welt kennt, weil alle Welt darunter leidet, steigt jetzt bis hinauf zu den Spitzen. Die „Leipziger Illustrierte Zeitung“, das führende Bilderblatt Deutschlands und im Besitz einer der größten und reichsten Verlagsanstalten Deutschlands, J. J. Weber, sieht sich zu der Erklärung genötigt, vom 1. Oktober ab nur noch alle 14 Tage zu erscheinen, da sie andernfalls den Bezugspreis um 100 Prozent erhöhen müßte. Sie kostet von jetzt ab vierteljährlich 30 Mark. — Hieran möchten wir noch folgende Notizen anschließen: Die Chemnitzer Papierfabrik zu Einsiedel errechnet in dem abgelaufenen Betriebsjahr einen Reingewinn von 1 497 192 (gegen 298 589 im Vorjahre), von demselben werden 500 000 Mark für notwendige Ausbesserungen an Gebäuden und 229 933 auf neue Rechnung vorgetragen, während 12 Prozent Dividende verteilt werden. — Die Ammendorfer Papierfabrik A.-G. in Radewell bei Halle schlägt dem Aufsichtsrat vor, 60 Prozent Dividende (!!) zu gewähren. Im Vorjahre erhielten die Aktionäre 40 Prozent Dividende und 20 Prozent Sondervergütung. — Kommentar überflüssig.

Müssen St. Jacob. (Gemeinderatsitzung.) Dem Protest der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke gegen die hohen Aufwendungen (50 Pf. pro Tonne Rots) für die Rohlenwirtschaftsteile schlägt man sich an. Vom Angebot einer Schlackenmaschine für das Gaswerk nimmt man Kenntnis. Auf Anregung der Amtshauptmannschaft sollen in dem neuen Ortsgefäß, Tagelöhler und Reiselothen betr., die eingestellten Säge auf die Höhe der Säge für Staatsdiener und Beamte gestellt werden; man beschließt

demgemäß. Für die Ausbesserung der Bettlermannkate auf des Auerbacher Weges sollen die erforderlichen Baukosten gestellt werden. Den Beitritt zur Versicherung gegen Kaufkraft und Plünderung lehnt man ab. Dem gleichen Schicksal verfallt die Aufforderung zum Beitritt zum Sächsischen Lehrerverband. Mit knapper Mehrheit beschließt man, einhalb Prozent Grunderwerbssteuer für die Kirchgemeinde zu erheben. Zum Steuereinkommensauschuß werden die Herren R. Jober, E. Eger, E. Rudolf und Rich. Krause gewählt. Ferner wird beschlossen, die Grunderwerbssteuer in Höhe von 2 Prozent ab 1. Oktober 1920 zu erheben. Ein Gesuch um Beleihung eines Hausgrundstückes mit einer Hypothek, desgleichen zwei Gesuche um je ein Handdarlehen werden berücksichtigt; zugleich wird beschlossen, die Zinsen für Handdarlehen ab 1. Januar 1921 auf 5 Prozent zu erhöhen. Ein Schankkonzessionsgesuch wird entgegen dem Gutachten der Sachverständigen-Kommission befürwortet. Dem Gesuch der Baugenossenschaft um Herstellung eines Verbindungsweges von dem Mählweg nach dem Pfarrweg stimmt man zu und beschließt, die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Bauauschuß zu überweisen. Die nächstjährige Erhebung von Gemeindecinkommensteuer zur Dedung von Bezirkssteuern lehnt der Gemeinderat ab. Einem Gesuch des Bergarbeiters R. um Ueberlassung einer Wohnung im Armenhause wird entsprochen. Ferner nimmt man Kenntnis von der demnächst stattfindenden Rinderpestepidemie, die dazu nötigen Nahrungsmittel sind eben eingetroffen. Die Kartoffelbewirtschaftung gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Die hohen Preise wurden scharf kritisiert. Von seiten der Erzeuger verfuhr man die Preisbildung zu rechtfertigen. Die Entnahme von 2 Zentnern pro Familie aus den Beständen der Gemeinde berechtigt zur Entnahme von einem Zentner pro Person aus den Beständen der Landwirte.

Leipzig. (Gegen den Lebensmittelwucher.) Am gestrigen Nachmittag fanden in 15 großen Sälen Leipzigs und der Umgebung Verammlungen statt, um gegen den freien Handel, die Wucherpreise der Landwirte und gegen die Reichsregierung, die dem khamlosen Wucher untätig zusehe und durch Aufhebung der Zwangswirtschaft unterläge, zu protestieren. — (Zu dem Untergang bei Wurz) erfahren wir noch, daß sich das Unglück auf der Dresdener Landstraße zwischen den Orten Lappo und Röhren ereignete. Der Personentransport fuhr an einer Straßentrümmerung mit ganzer Geschwindigkeit an einem Baum. Der Führer des Autos, wie schon gemeldet, ein Leipziger Geschäftsinhaber, wurde dabei von seinem Sitz geschleudert. Ein Schädelbruch setzte seinem Leben ein jähes Ende. Der Wagen, der von insgesamt drei Ehepaaren aus Leipzig besetzt war, kam von Dresden her. Außer einem zweiten Herrn, der leicht verletzt wurde, ist niemand zu Schaden gekommen.

Vengelsfeld. (Tödlicher Unfall.) Der Telegraphenarbeiter Leander Reuber aus Böhrenau ist bei Ausübung seines Berufs in dem der Firma Siegel & Haake gehörigen Mühlgraben in der Nähe der unteren Holzschleife um sein Leben gekommen. Herr Reuber war beauftragt, Leitungsdrabt von einer Welle abzumideln, ist jedenfalls beim Rückwärtsgehen dem ziemlich tiefen Graben zu nahe gekommen, hineingestürzt und darin ertrunken.

Schwarzenberg. (Ein großes Fällsterben.) Wie bereits anfangs Juni d. J. so wird auch jetzt wieder im Oswaldsbad ein großes Fällsterben beobachtet, das auf Inbutriekamäler zurückzuführen ist, die in Grünhain in den Bach gelangten. Der gelamte Föllerenbestand ist auf einer Strecke von etwa 4 Kilometer auf Jahre hinaus ganz oder wenigstens zum allergrößten Teil vernichtet.

Plauen. (Der Schulerkeit in der katholischen Schule) ist trotz Veröffentlichungen des Kultusministeriums nicht geringer geworden, es streifen an der Goetterschule (1. kath. Bürgerschule) noch immer 90 v. H. der Schulkinder.

Riesa. (Einbrecher) sprengten im Kontor der Neuen Deutsch-Böhmischen Elbschiffahrtsgesellschaft den Geldschrank auf und raubten daraus über 13 000 Mark Bargeld. Offenbar sind die Einbrecher mitten in ihrer Arbeit gestört worden. Ende Juli wurde der Geldschrank der Vereinigten

Paul M. G. Cude / Film u. Lichtspielgesetz.

II.
Bleiben noch die Einwände tatsächlicher Art, die sich auf den Inhalt der Bildstreifen und auf die Art ihrer Fortführung beziehen. Die Gegner des Kinos, die Bekämpfer der „Rinopell“, haben immer eine besondere Art Bildstreifen vor Augen, den sogenannten Spielfilm, und zwar noch enger begrenzt den Gesellschaftsfilm, den Aufklärungsfilm, den Detektivfilm. Hier macht sich nun freilich ein gewaltiges Unwesen breit, viel dreiter, als es die Vertreter der Filmindustrie zugeben wollen. Schon, daß die Lichtspielbesitzer ihre eigene Arbeit nicht höher bewerten, denn als „Industrie“, daß sie sich „Filmfabrikanten“ nennen, spricht nicht dafür, daß sie bereits das Wesen ihres Geschäftes voll begriffen haben. Gerade die Fabrikation, die rein kapitalistische Ausbeutung der Filmmöglichkeiten, hat zu den Ausschüssen geführt, die sie belagern. Sie hat die Auswahl der Stoffe auf die niedrigsten Instanzen des Publikums herabgedrückt und nicht etwa nur in den letzten Jahren zu fragwürdiger Berühmtheit gelangten „Aufklärungsfilmen“. Was wir dem Durchschnittspublikum vorwerfen haben, ist nicht bloß eine gewisse Vorliebe für geistliche Szenen einseitiger Art, für Nohes und Grauentragendes, sondern die Verflächung der Wirklichkeit in der Darstellung des sozialen Lebens. Wer das soziale Leben aus dem Film kennen lernen wollte, mußte glauben, amte „Gesellschaft“, die Welt der Finanzleute, der Künstler, Gelehrten, höheren Beamten dringe ihre Zeit mit Autofahren, in Bars und Bordellen, zwischen Ledebaden und Dinnen, oder in glänzender ausschweifender Umgebung zu. Der Schreibtisch mit dem unermesslichen Telefon steht nur da, um die gelegentlich mitphotographierten Billets zu schreiben, arbeiten sieht man diese Gesellschaft nie. Und so ist es mit der Jirtuswelt, so mit der Welt der Dinnen und Verdreher; alles wird in das Licht einer Romanistik gerückt, das in der oft so traurigen Wirklichkeit niemals vorhanden ist. Und dann, wie selten bekommen wir eine von Szene zu Szene sich fliegende durchziehende Handlung, ein wirkliches Drama zu sehen. Als Ersatz dafür dient ein buntes, aber oft, namentlich im Detektivfilm, recht sinnloses Wesen von Sensationen oder — Vielerlei. Daß in einer solchen Welt der Unwahrscheinlichkeiten verfallene herausbilden, die vorhin geschilderte Kino-Seelen-Rinopell man hinzu, kann wahrlich nicht wundernehmen. Diese mißbräuchliche Art des Lichtspiels pflegen, die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren einen besonders starken, wenn nicht den härtesten Haufen der Zukunftschicht stellt, so wird das scharfe Urteil der Volkserzieher vollkommen verständlich.
All diese Ausschüsse und Ungenauigkeiten begründen aber doch keineswegs ein unbedingtes Verbammungsurteil gegen den Film an sich, oder auch nur gegen das Kino. Es sind eben Ausschüsse und Ungenauigkeiten; sie werden heute auch von den Filmzeugern fast allgemein zugegeben, Besserung wird ge-

ragt. Weil sich die Klagen fast ausschließlich gegen den sogenannten Spielfilm richten, den literarischen oder dramatisierten Film oder wie wir ihn nennen wollen, so liegt es nahe, ihm vor allem den Kampf anzuliegen, und es fehlt nicht an Stimmen, die ihm jede Berechtigung überhaupt absprechen und ihn vollständig ausrotten wollen. Wir wissen bereits, daß das eine völlige Verneinung des Films sein würde. Wir haben die künstlerischen Möglichkeiten und Vorzüge des Films überhaup und wissen, es wäre eine Verarmung der darstellenden Kunst, wollten wir den Film aus ihr verbannen. Wir würden auch breite Schichten unseres Volkes um ein wertvolles Mittel der Unterhaltung und Zerstreuung bringen und sie zu minderwertigen Zerstreuungsmitteln hinführen, wollten wir das Kino als Unterhaltungsmittel einfach abschließen. So geht es nicht. Der Weg zur Besserung muß anderswo gesucht werden und ist auch schon beschritten. Und zwar vom Lichtspielgewerbe selbst. Um das verständlich zu machen, muß ich ein paar volkswirtschaftliche Bemerkungen über das deutsche Filmgewerbe einschleusen. Es hat während des Krieges und seitdem einen ungeheuren Aufschwung genommen und nimmt heute in der Welt-Filmzeugung die dritte Stelle ein. Wie auf anderen Gebieten, so hat auch hier die Ringbildung eingesetzt. Millionenkonzerne, wie die Ufa, die Rheinisch-Westfälische und die Decca-Gesellschaften stehen auf dem Filmmarkt beherrschend da. Sie vereinen in sich Filmherstellung, Verleihung und Vorführung und sind in der Lage, alle Möglichkeiten des Films wirklich auszunutzen. Dank ihrer Hilfsmittel ist es ihnen möglich, in der Auswahl der Dramaturgen, der Regisseure, der Darsteller, in der Bereitstellung der technischen Mittel allen künstlerischen Anforderungen zu genügen. Sie haben denn auch Filmkaufspiele geschaffen, deren seelische Wirkung hinter der Wirkung der besten Bühnendramen nicht zurücksteht. Ein erwachsener Mensch wird Film Dramen wie „Rote Berne“, „Strindbergs „Kameraden“ oder auch „Madame Dubarry“ nicht ohne tiefen Eindruck verlassen. Auch Killeu-Filme, wie der „Aktualmord“, „Anders als die Andern“, der Aufklärungsfilm „Es werde Licht“, so bestritten sie sind, werden einem ersten Menschen immer tief in die Seele greifen. Alles in allem: es ist möglich, mit dem Mittel des Films und mit Ausnutzung seiner besonderen Vorzüge ein Spiel zu schaffen, das mehr als bloße Unterhaltung und Zerstreuung bietet, das den höchsten Anforderungen des Schauspielers gerecht wird: Erhebung des Geistes zu vermittelten und Läuterung der Seele. Freilich — die Höchstleistung des Films wird erst möglich, seitdem das Gewerbe großkapitalistisch betrieben wird. Könnte früher ein mittlerer Film mit 5—6000 Mark hergestellt werden, so kostet er heute das Zwölfte bis Zwanzigfache, und große Filme, wie die oben genannten, erfordern ein Millionenkapital zu ihrer Herstellung. Ob die großkapitalistische Betriebsweise nur eine weitere Etappe auf dem Wege zu gemeinschaftlicher Betriebsweise sein wird, muß die Zukunft lehren.
Einmal vom Großkapital erfährt, hat sich nun der Wirkungsstreich des Films nach allen Richtungen erweitert. Aber heute noch naturgemäß und abschließend über das Lichtspielgewerbe spricht, hat vom wirklichen Stand der Dinge keine

Abnung. Von der künstlerischen Entfaltung des Films sprach wir schon. Daß damit die technische Entwicklung Hand in Hand gehen mußte, versteht sich von selber. Der Bildstreifen aus dem Jahre 1910 solchen von heute gegenübergestellt, sieht, erkennt das sofort an der Vertiefung und Verbreiterung der Schauplätze, an der Vielfältigkeit und naturgetreuen Vorführung der historischen und geographischen Schauplätze, an dem reibungsloseren Spielverlauf. Der große Spielfilm der Gegenwart, der die ganze Welt zum Schauplatz hat, bringt uns das wirkliche Leben nahe, das Filmateiler hat sich zu ganzen Filmstädten ausgemacht, und unter dem Empfind der großen Gesellschaften entstehen würdige Lichtspielbühnen — so wird jenen zweifelhaftesten Lichtspielhallen, die sich ihrem Zulauf nur durch Kraxelndes Untergemotzen gegen die niedrigen Seelenbedürfnisse sichern können, allmählich der Atem genommen und die Lichtspielbühne zur Höhe eines wirklichen Tempels der Kunst und edler Freude emporgehoben.
Damit wächst aber auch der sozial-ethische Wert der Lichtspielbühnen. Durch den Film erreichen wir heute mehr Menschen als durch irgendein anderes Mittel der Schaubühne. Er kommt gleich nach der Presse, ist vielleicht sogar berufen, für die Mehrzahl der Willens- und Unterhaltungsbüchigen den reineren und Buch zu erleben und vermittelt Gedanken und Anschauungen noch dazu viel eindringlicher als es das bedruckte Papier vermag. In Kürzerns geographisch-statistischem Handbuch war schon 1914 ausgerechnet, daß ein beliebiger Film, der keine Reize durch ganz Deutschland macht, innerhalb von 7 Monaten durchschnittlich 12 285 000 Menschen zu Gesicht kommt, also einer Zahl, die sich der Ziffer der gesamten deutschen Lohnarbeiterschaft nach der Zählung von 1907 nähert. Viel leicht ist das kein Zufall. Das Kino ist wirklich die Bühne des Proletariats. Und zwar nicht bloß wegen seiner Billigkeit. Die besseren Lichtspielbühnen sind gar nicht mehr billig. Sondern wegen seiner besonderen Vermittlungsart. Die eintönige mechanische Arbeit an der Werkzeugmaschine erschläft den Körper und kumpft den Geist ab. Den geistigen und seelischen Anforderungen, die eine Klafferaufführung, ein Sinfoniekonzert, auch ein protestantischer Gottesdienst immerhin stellt, bringt der Arbeiter nicht die nötige Spannkraft entgegen. Er will nach dem Einerlei des Werktages etwas „erleben“. Seldem Bedürfnis kommt keine Stätte der Anbacht oder der Kunst so entgegen wie das Kino. Seine Anziehungskraft hat ihren tiefsten Grund in der Umwidung der Gehirne durch die Wucherung unseres Lebens. Er greift viele Anziehungskraft wird, um so mehr wächst natürlich auch die Verantwortung der Filmzeuger. Darum ist es sinnlos, die Filmverbreitung an sich zu belächeln. Sinnvoll ist es dagegen, jede künstlerische und technische Vervollkommnung des Films zu fördern, und daraus sind die Bestrebungen der Film-Verzeuger auch aus sozial-ethischen Gründen zu begründen.
(Fortsetzung folgt.)

Abkäufer aufgefrenkt und damals 15000 Mark erlangt. Auch in diesem Falle sind die Einbrecher noch unvermittelt.

Aus dem Nachbarlandern.

Weissenburg. (Eine beneidenswerte Stadt.) Die 7000 Einwohner zählende Stadt Weissenburg in Mittelfranken hat aus ihrem Gemeindevaß in diesem Jahre einen Ueberfluß von 2650000 Mark, die zum Rathausneubau, zur Erweiterung der Schulen und Spitäler, zur besseren Versorgung der Beamten sowie zur Behebung der Wohnungsnot verwendet werden.

Wahlhausen i. Th. (Ein schlechtes Geschäft.) Die Stadt Wahlhausen i. Th. hatte etwa 800 Paar Schuhe für einen Betrag von rund 50000 Mk. gekauft, um sie durch die Arbeit an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Die Schuhe stellten sich jedoch als minderwertig heraus und wurden auf Bekohrde der Stadt hin wieder abgenommen. Als aber die Stadt den bereits bezahlten Kaufpreis zurückforderte, stellte es sich heraus, daß die liefernde Firma dazu nicht mehr in der Lage war. So sind denn die 800 Paar Schuhe und auch die 50000 Mk. weg.

Bericht

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates zu Sohndorf (Bez. Chemnitz), am 27. September 1920.

Kurz nach 5 Uhr wird die heutige Sitzung vom Vorsitzenden, Herrn Gemeindevorstand **Schäfer**, eröffnet.

Punkt 1. Es wird das Folgende zur Kenntnis genommen: a) daß sich für die demnächst beabsichtigte Vergrößerung der Wohnungen 107 Interessenten gemeldet haben. Der Bauausschuß wird sich in Gemeinschaft mit dem Wohnungsausschuß demnächst mit der Beregung der erstellten Wohnungen beschäftigen. b) daß die Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-A. G. Betriebsabteilung **Delsniß i. E.** eine weitere Erhöhung der Preise für Kraftstrom hat einbringen lassen, jedoch automatisch auch eine Erhöhung des Wasserpreises für Privater und Industrie einbringen muß. Unter Berücksichtigung dieser Erhöhung wird der Preis pro cbm Wasser ab 1. September d. J. für Privater 136,94 Pf. und für Industrie 91,84 Pf. betragen. Der Gemeinderat kann sich mit der fortgesetzten Erhöhung der vorgenannten Gesellschaft nicht ohne weiteres einverstanden erklären, er will die Berechtigung der letzten Erhöhung zunächst einer Nachprüfung unterziehen lassen. c) daß von dem Nahrungsmittelminister 2 Milchproben als erheblich verunreinigt beanstandet worden sind. In dem einen Falle enthält die Milch auf 100 Teile 31 Teile und im anderen sogar 104 Teile Wasser auf 100 Teile Milch. Der Gemeinderat spricht seine äußerste Entrüstung über diese auf das Schärfste zu verurteilende erhebliche Nahrungsmittelverfälschung aus. Er bezeichnet diese Handlungsweise als ein Verbrechen am wahren Geldwert und erwartet bestimmt, daß den Verfassern eine exemplarische gerichtliche Strafe zuteil wird. d) daß die Sammlung zu Gunsten der Rückwandererhilfe ein Gesamtergebnis von 1684,50 Mk. gezeigt hat.

Punkt 2. Bewilligung eines Beitrages zur Grenzpende. Die Arbeitsgemeinschaft Glauchau-Stollberg vom deutschen Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche bittet, reichliche Mittel aufzubringen, um den 220 in Oberschlesien Abstammungsberechtigten aus den Amtshauptmannschaften Glauchau und Stollberg die Reise ins Abstammungsgebiet zu ermöglichen. Der Herr Vorsitzende empfiehlt, daß die Gemeinde Sohndorf auch an ihrem Teil dazu beitragen möchte, Oberschlesien mit seinen reichen Rohstoffen dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Der Gemeinderat beschließt, aus diesseitigen Mitteln eine Beihilfe von 1000 Mk. zu bewilligen, außerdem eine Sammlung unter den hiesigen Arbeitern, Lehrern und Beamten, sowie eine öffentliche Konzert- und Theateraufführung zu veranstalten, deren Erlöse ebenfalls zu dem vorstehend dargelegten Zwecke beizutragen sind.

Punkt 3. Unterhaltung gemeindlicher Brunnen. Der Herr Vorsitzende macht unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Zeitschrift „Licht und Wasser“ darauf aufmerksam, daß es von ganz besonderer Wichtigkeit sei, die im Orte vorhandenen Brunnen gebrauchsfähig zu erhalten, um bei Defekten an der Wasserleitung oder sonstigen diesbezüglichen Kalamitäten die Bevölkerung trotzdem mit gutem Trinkwasser versorgen zu können. Der Gemeinderat beschließt, zunächst eine Besichtigung der sämtlichen im hiesigen Orte vorhandenen Brunnen durch Wassermeister **Unger** vornehmen zu lassen, insbesondere daraufhin, ob sie gebrauchsfähig sind und inwieweit sich das Wasser als Trinkwasser eignet. Nach Vorliegen des diesbezüglichen Ergebnisses soll weiteres veranlaßt werden.

Punkt 4. Erhebung der anteiligen Bezirkssteuern im Gemeindefinanzverrechnungswesen. Der Herr Vorsitzende gibt bekannt, daß die Bezirkssteuern im Rechnungsjahre 1920/21 ebenfalls recht erheblich sein werden. Es sei z. B. noch gänzlich unklar, welche Mittel der Gemeinde Sohndorf aus dem Bezirke der Reichseinkommensteuer überwiesen werden. Jetzt wäre nun noch die Möglichkeit gegeben und zwar lediglich bis Ende September, die aufzubringenden Bezirkssteuern durch Erhebung von Gemeindesteuern zu decken. Es sei dies zweifellos der gerechteste Maßstab, da alle Kreise nach Verhältnis ihres im Jahre 1919 geschätzten Einkommens hierzu beitragen müßten. Der Finanzausschuß habe sich mit der Sache eingehend beschäftigt und habe seinen anderen Ausweg gefunden, als dem Gemeinderat vorzuschlagen, die Bezirkssteuern durch 2 Termine, nämlich am 15. 11. 20 und 15. 1. 21, im Gemeindefinanzverrechnungswesen einzubringen. Der Gemeinderat ist zwar im allgemeinen auch der Ansicht, daß dieser Weg empfehlenswert sei,

er kann sich aber trotzdem nicht zur Annahme des Vorschlages des Finanzausschusses entschließen, da man anderorts die Erhebung der Bezirkssteuern in dem vorstehend geschilderten Verfahren ebenfalls abgelehnt habe. Zum andern Teile würde es aber auch in der Bevölkerung erhebliche Erregung verursachen, da der Arbeiter, Angestellte und Beamte ja schon jetzt ganz erhebliche Steuerlasten aufbringen müsse.

Punkt 5. Gemeindegeldsteuer betr. Der Finanzausschuß hat vorgeschlagen, den bisherigen Satz von 19 auf 40 Pf. pro Einheit ab 1. 10. 20 zu erhöhen, um auch hierdurch dazu beizutragen, die Gemeinde-Finanzen zu härten. Von den Mitgliedern des Gemeinderates werden wesentliche Einwendungen gegen diesen Vorschlag nicht geltend gemacht und schließlich beschlossen, den Vorschlag des Finanzausschusses anzunehmen. (Schluß folgt.)

Gerichtssaal.

Nachprozess vor dem Pflaumer Landgericht.

Vor der 3. Strafkammer des Pflaumer Landgerichts begann gegen den 17 Jahren alten Waldbarbeiter **Otto Hertel** aus Tiefenbrunn (Amtsgerichtsbezirk Delsniß) die Hauptverhandlung wegen Raubmordes. Hertel, der kugnet, ist beschuldigt, am 22. Juni den 17 1/2 Jahre alten **Schwarzschmied Hummel** aus Lauterbach erschossen und ihn seiner Vorkasche von 1600 Mk. beraubt zu haben. In der Angelegenheit handelt es sich um einen Jugendlichen, der in das geburtslose Vorkommnis vom 22. Juni im Walde von Tiefenbrunn verwickelt ist. Dort wurde am Sonntag, den 27. Juni, der seit fast einer Woche vermißte **Kurt Hummel** tot aufgefunden. Das Gericht beschloß nach längerer Verhandlung die Verlegung zwecks weiterer Zeugenverladungen.

Das letzte Urteil der k. k. Militärgerichtsbarkeit.

Nach 22 Jahren freigesprochen. 1898 war ein Kanonier **Johannes Ebel** von der 7. Batterie des 12. Feldart.-Reg. vom Kriegsgericht zu Dresden wegen Ungehorsams und Verleitung zum Meißel zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Nach Verjährung der Strafe hatte er wiederholt das Wehrdienstverfahren beantragt, da er sich unschuldig fühlte. Erst vor kurzem ist diesem Antrag stattgegeben worden und in der Hauptverhandlung vor dem Gericht der 23. Division Ende September wurde Ebel freigesprochen mit der Bemerkung, daß das k. k. Militär-Konvention zu einer Entschädigung verpflichtet sei. Ebel lebt als angesehenen Geschäftsmann in Dresden und ist Besitzer des **Neuhäuser** Konzerthauses in Dresden-N., **Alaunstr. 35.** Das war das letzte Urteil der k. k. Militärgerichtsbarkeit, die bekanntlich mit dem 1. Oktober eingegangen ist.

Bermischtes.

† **Wird der hungernde Mr. Mac Swiney heimlich ernährt?** Heute ist, wenn wir nicht irren, der 55. Tag, seit **Mr. Mac Swiney**, der Lordmayor von Cork, im Gefängnis zu Brixton seinen Hungerstreik begonnen hat. In Cork selbst hungern seit 48 Tagen elf andere Iren, die dort wegen ihrer Beteiligung an den **Polizistenmorden** ins Gefängnis gesteckt worden sind. Ein **Marxismus**, das so lange dauert, ohne zu dem erwarteten tödlichen Ausgang zu führen, erregt Verdacht. In England wo mindestens 30 Tage lang der heroische Hunger des Lordmayors äußerste Spannung und auch sympathische Bewunderung erweckt hatte, hat dieses fortwauernde Festhalten ungefähr vom 35. Tage an Argwohn u. Zweifel erregt. Man begann es doch merkwürdig zu finden, daß weder **Mr. Mac Swiney** noch einer der elf Hungergenossen an Entkräftung verschieden wollte, und das Publikum las nicht mehr mit dem gleichen Respekt wie anfangs die **Bulletins**, in denen von dem körperlichen Verfall, dem sicheren Tode und den „letzten Stunden“ des Lordmayors die Rede war. Schon am 19. September schrieb die **Sudan Times**: „Gestern war der 38. Tag des Hungerstreiks, den der Lordmayor **Mac Swiney** im Gefängnis von Cork durchführt. Alle Welt fragt sich, wer ihn ernährt. Es besteht nicht der mindeste Zweifel daran, daß weder die Regierung noch irgendein Mitglied des Gefängnispersonals ihm Nahrung gibt. Man behauptet, daß die ihn besuchenden Personen, Priester und Verwandte, seine Frau inbegriffen, ihm genug Nahrungsmittel zuführen, um ihn am Leben zu erhalten. Es darf nicht vergessen werden, daß man schon vor vierzehn Tagen

erklärte, er liege im Sterben.“ Das Blatt erinnert daran, daß den „Hungerrekorde“ bisher der berühmte **Doktor Tanner** erzielte hatte: er hatte 40 Tage gehungert. Wie soll es, fragt das zweifelhafte Blatt, **Mr. Mac Swiney** und elf andere Personen, ohne jede Vorbereitung und ohne Erziehung zur Hungerkunst, den **Doktor Tanner** übertreffen können? Allerdings, wenn die Hungernden heimlich ernährt werden, so müßte die englische Regierung doch eigentlich in der Lage sein, das entweder durch genaue Beobachtung feststellen oder verhindern zu lassen. Sie hätte ein großes Interesse an einer solchen Entlarvung des irdischen Märtyrers, und sie hat bisher weder ihn noch die elf anderen entlarvt.

† **Der Raub des Goldplatteneffels aufgeklärt.** Ein Goldplatteneffel im Werte von zwei Millionen Mark wurde, wie wir vor einiger Zeit berichteten, in der **Chemischen Fabrik** in Mookum in Westfalen von sechs maskierten Räubern gestohlen, die den Wächter überfallen und geknebelt hatten. Der Millionendiebstahl wurde sofort der Berliner Kriminalpolizei gemeldet, und diese fand bald bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß bei dem großen Diebstahl Berliner Verbrecher ihre Hand im Spiele hatten. Kleinere Stücke des Edelmetalls gelangten auch in Berlin zum Verkauf und wurden beschlagnahmt. Wie berichtet wird, ist es gelungen, den Raub durch die Verhaftung der Täter in Westfalen aufzuklären.

† **Die Verschlebung eines Schiffes verhindert.** Dem Reichswasserbau in **Stettin** glückte es, einen Schlepper der nach Holland verschoben werden sollte, zu beschlagnahmen, als er gerade **Swinemünde** verlassen wollte. Der Reichsbeauftragte für die Ueberwachung der Aus- und Einfuhr hat das Schiff zugunsten des Reiches für verfallen erklärt. Damit ist der deutschen Binnen-Schifferei ein Schiff im Werte von 1 1/2 Millionen Mark erhalten geblieben.

Kirchennachrichten für Lichtenstein-Collenberg.

(St. Laurentiuskirche.) Freitag 1/9 Uhr Helferverbereitung und Quartiervermittlung mit Bericht über die Dresdener Tagung im Konfirmandensaal. — 8 Uhr Lämmergruppen.

Kirchennachrichten für Sohndorf. Donnerstag abend 8 Uhr Jungmännerverein. Freitag abend 8 Uhr landeskirchl. Gemeinschaft.

Kurse,

mitgeteilt vom Bankhaus **Bayer & Heine,** Abteilung Lichtenstein-Collenberg.

Deutsche 3 1/2% Kriegsanleihe	79,50	79,50
4 1/2% Schatzanweisung	90,75	90,75
3% Reichsanleihe	62,70	63,30
3 1/2%	59,20	59,10
4%	68,20	68,30
Sächsische 3% Rente	57,50	57,125
Dresdener 4% Staatsanleihe	83,50	84,50
Preussische 4%	88,-	88,-
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	96,-	96,-
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	95,-	96,-
4%	104,-	105,50
Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	99,875	99,75
Hortmann Wollsch.-Fabrik Akt.	350,-	355,-
Wollsch.-Fabr. Kappel	509,-	469,-
Hermann Vöge Akt.	398,50	300,-
Sachsenwerk Akt.	389,-	400,-
Schubert & Salzer Akt.	531,-	519,50
Wanderer Werke Akt.	445,-	440,-
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.	249,75	271,-
Deutsche Bank Akt.	314,-	313,-
Dresdener Bank Akt.	201,-	205,-
Phönix Akt.	547,75	568,-
Hamburger Bank Akt.	185,25	185,75
Allgem. Elektr.-Gesellsch.	300,-	296,50
Dresdener Kurs.	915,-	925,-

Devisen-Kotierungen:

	Geld	Beleg
Frank	82,66	82,85
Holland	1983,-	1987,-
London	222,75	223,25
Italien	250,70	251,30
Schwiz	1078,95	1021,05
New York	63,68	63,62
Paris	423,55	424,45
Stockholm	1271,10	1273,80
Brüssel	449,56	450,45
Schweiz. Noten	82,40	82,60

Gewerbeverein.

Morgen Freitag, den 8. Oktober abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal (Sonne)

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Rechnungsbericht und ev. Abkündigung der Schul- und Vereinsrechnung. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Allgemeines. Um zahlreiches pünktliches Erscheinen der Mitglieder bitten **Der Vorstand.**

Ein — hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die **Wochenschrift „St. Hubertus“**, (Anhalt). Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderreichtum. Wertvolle Kunstbelegungen. **Wirkungsvolles Anzeigenblatt.** Bezugspreis 11,00 Mk. für das Vierteljahr. Jede Postanfrage und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen. **Probenummern** unentgeltlich. Best. zu verlangen von dem **Verlag „St. Hubertus“** (Paul Schellers, Erben G. m. b. H.), — (Eichgraben). —

Wir empfehlen **Besuchs-Karten** in reicher Auswahl und geschmackvoller Ausführung. Eingang von reizenden Neuheiten in **Verlobungsbriefen.** Verlag des **„Lichtenstein-Collenberger Tageblattes.“**

Aufwartung bei guter Behandlung sofort gesucht. Näheres ist zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eingerichteter Handfluhlarbeiter

wird per sofort gesucht. **Georg Grobe, Trikotagenfabrik, Bernsdorf i. Erzgeb.**

Ihre Kleinen Anzeigen (Wohnungssuche und Vermietungen, Stellenangebote und Gesuche, Verkäufe und Hypotheken-Verkehr usw.) veröffentlichten Sie mit dem best. Erfolge im „Lichtenstein-Collenberger Tageblatt“ das wie bekannt, sowohl in Lichtenstein-C. wie auch in der Umgebung eine große Verbreitung besitzt. **Jed. Höhe, auszul. Geld, v. Selbstg. d. E. Wolf, Chemnitz, Bernsdorf, Str. 46** **Dieserige Pers., die gestern abend zwischen 7 und 1/8 Uhr d. Handwagen a. d. Hof des Hausgrundstückes Kreuzleithe 1 entwendet hat, wird um schleunige Rückgabe ersucht, andernfalls Anzeige erstattet wird.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. **Paul Bär u. Frau Frieda geb. Schubert, Lichtenstein-C. (Fröhlichstr. 11), 6. Okt. 1920.**

Li
Die's
Druck u. De
Rr
Defen
nächsten W
im Stadter
gebäude Co
Lichten
1. Ortsgef
gleder d
2. Allent
Beitrag
dürftige
3. Allent
Nahrung
4. Besuch
anwärter
5. Dienst
6. Umfrage
Deutl
etwa 6 bis
gelten) ist
Eigent
Zimmer 8 a
d. 3. vorm
Glauch
Die hie
Verzeichn
lassen des
durch freim
haltungs
richtig aus
Der
Ingl, daß
Bevorsteh
in London
rein private
wird, ist es
Bedeutung
Am
werbe sind
Angestellte
bis 6000 M
die Verbänd
Buchhinder
Die L
Hattfinden.
Die
haben die
Abend die
bandlungen
Ergebnisse
einen Rofor
Jahre 398 79
Bulleis betr
gegen 394 38
Getreidem
treibenerjorg
bah der größ
der übrigen
Der
Namierl. G
Ch. den Gr
Stahlzüge
per Aufre
abgegeben.
Ein
ber russisch
Riga unter
Aus
Griedensfon
nertag zwil
Des Abkomm
Smitze
In der
Neufinanz